

SPD DEUTSCHER DEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/217 - 19.9.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59

Fernschreiber 039890

Zur Flucht Rademachers	S. 1
Umstrittenes Wahlgesetz in Italien	S. 3
Lücken in der Begabtenförderung - England ein Vorbild	S. 5
Nach Sibirien zurückgeschickt	S. 7

Ein nationaler Skandal

(sp) Am gleichen Tage, an dem der ehemalige Präsident des bayerischen Landesentschädigungsamtes, Philipp Auerbach, in den Freitod ging, öffneten sich dem früheren Botschaftsrat im Ribbentropschen Außenministerium, Dr. Franz Rademacher, die Tore des Nürnberger Gefängnisses. Auerbach war angeklagt und verurteilt worden wegen aus den Wirren der Nachkriegszeit erklärbarer Vergehen; Rademacher, einst Judenreferent in der Wilhelmstraße, wegen erwiesenen tausendfachen Mordes an serbischen Juden. Eigens war er 1941 von Brüssel nach Belgrad gereist, um durch seine Unterschrift unter einen Liquidationsbefehl den Tod von unschuldigen Männern und Frauen zu besiegeln.

Aber die Wege der deutschen Nachkriegsjustiz sind für den einfachen Menschenverstand unerklärlich. Fällte sie bei Auerbach, der keinen Menschen getötet hatte, ein ungewöhnlich hartes Urteil - noch dazu gestützt auf die Aussagen eines Meineidigen - ließ sie bei Rademacher unverständliche Nachsicht und Milde walten. Der frühere Botschaftsrat erhielt unter Anrechnung der Untersuchungshaft drei Jahre und acht Monate - für jeden erschossenen oder aufgehängten Juden etwa 20 Stunden Haft. Er brauchte sie nicht einmal abzusitzen. Sein Verteidiger hatte Revision angemeldet, und da angeblich keine Fluchtgefahr bestand, verfügte das Gericht die Freilassung.

Vier Wochen später erließ dasselbe Gericht in Kürnberg freilich einen neuen Haftbefehl. Er kann nach menschlichem Ermessen jetzt nicht mehr ausgeführt werden. Denn Rademacher, der Mörder serbischer Juden, der Mann, der das Gericht, wie er selbst im Laufe der Verhandlung zugab, mehrfach belogen hatte, ist jetzt wohlbehalten, für den Arm der deutschen Justiz unerreichbar, in Argentinien. Und die Frage ergibt sich von selbst: Wer verschaffte ihm die Mittel und die Möglichkeit zur Flucht, wer ist dafür verantwortlich? Ist die Freilassung nur deshalb erfolgt, um auf diese bequeme Weise einen Mann loszuwerden, dessen Aussagen in einem wieder in Gang kommenden Verfahren anderen gefährlich werden könnten?

Vor dem Prozeßbeginn soll der Verteidiger Rademachers mit dem neuen Auswärtigen Amt vereinbart haben, daß er in der Beweisaufnahme möglichst keine Namen von wiederbeschäftigten ehemaligen Ribbentrop-Diplomaten nennen werde, wenn man seinen Mandanten stütze. Die sonst auf hohen Touren laufende Dementiermaschine blieb damals still. Gericht und Staatsanwalt wurden außerdem von Bonn aus gebeten, das Auswärtige Amt in diesem Prozeß möglichst zu schonen. Ob dieser bekümmerte Hinweis auf die Schonungsbedürftigkeit des neuen Auswärtigen Amtes den Prozeßausgang beeinflusste, möge dahingestellt bleiben. Das gelinde Strafmaß mußte überraschen und erschüttern.

Mit der Freilassung und Flucht eines Massenmörders wird jetzt der Fall Rademacher zum nationalen Skandal. Das Vertrauen in die deutsche Justiz als Bewahrerin von Recht und Gerechtigkeit hat einen schweren Schlag erlitten. Gerade in diesen Tagen forderte der deutsche Bundestag in würdiger Form die Überprüfung aller von den Alliierten verhängten Kriegsverbrecher-Urteile und die Freilassung jener, die zu Unrecht noch in den Kerkern sitzen. Was geschieht aber mit den Kriegsverbrechern, die auch nach deutschem Recht schwere Schuld auf sich geladen haben und deren gerechte Aburteilung unerlässlich und Angelegenheit deutscher Gerichte ist? Sie dürfen keinen Freibrief erhalten, soll nicht der Glaube an das Recht und an die Notwendigkeit der Sühne unreparierbaren Schaden nehmen.

In Belgien mußte der Justizminister zurücktreten, weil er Leute begnadigt hatte, die sich in Belgiens Notzeit schwer an Volk und Staat vergangen hatten. Unsere Selbstachtung gebietet es, daß im Falle Rademacher alle Hintergründe aufgedeckt und erhellt werden - ohne Rücksicht auf die Konsequenzen.

Der Kampf um die Wahlreform in Italien

v. sch.-Rom, im September

Um der Gefahr zu begegnen, daß aus den Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr eine negative Mehrheit der beiden Extreme - Kommunisten und Nennisten auf der einen Seite, Faschisten und Monarchisten auf der anderen Seite - hervorgehen könnte, ist während des Sommers in den Kreisen der demokratischen Mitte der Gedanke einer Wahlreform entstanden, die bei der Mandatsverteilung das Proportionalssystem zugunsten eines demokratischen Blocks, der die relative Mehrheit erlangen dürfte, korrigieren würde. Die Gefahr einer solchen negativen Mehrheit der Extreme ist nur gering, und wenn nicht ganz katastrophale Ereignisse bis zum Frühjahr eintreten, besteht sie nur theoretisch. Dagegen wäre mit der Möglichkeit zu rechnen, daß bei strenger Anwendung der Verhältniswahl die Mehrheit der Mitte so gering wäre, daß Italien von einer Regierungskrise in die andere taumeln würde, so wie Frankreich in den vergangenen Jahren. Dieser Gefahr wäre eine so junge Demokratie wie die italienische auf die Dauer nicht gewachsen.

Eine grundsätzliche Einigung über eine Wahlreform in diesem Sinne ist im Laufe der letzten Wochen in Gesprächen zwischen dem Ministerpräsident de Gasperi und den leitenden Persönlichkeiten der in Frage kommenden Parteien, also den Christlich-Demokraten, den Sozialdemokraten, den Liberalen und den Republikanern, bereits zustande gekommen. Noch sind die technischen Einzelheiten des vorzuschlagenden neuen Systems nicht restlos geklärt. Die Verhandlungen drehen sich vor allem darum, eine Methode auszuarbeiten, die verhindern soll, daß den Christlich-Demokraten der Löwenanteil an den Prämien des neuen Systems zufällt, ohne die Mehrheit der Stimmen errungen zu haben. Auch darüber scheint es schon zu einer grundsätzlichen Einigung gekommen zu sein.

Jetzt wartet die politische Welt in Italien vor allem noch auf die Ergebnisse des Sozialdemokratischen Parteitages in Genua Anfang Oktober. Denn der letzte sozialdemokratische Parteitag in Bologna zu Anfang des Jahres hat, unter anderen unüberlegten und voreiligen Beschlüssen, den Vorstand und die Fraktion der Partei auf eine

kompromißlose Verteidigung des reinen Proportionalwahlrechtes und auf selbständiges Vorgehen bei den nächsten Parlamentswahlen festgelegt. Inzwischen haben viele Sozialdemokraten, einschließlich des Generalsekretärs Romita, erkannt, daß diese Festlegung ein schwerer Fehler war. Das zeigten besonders die Ergebnisse der Gemeindewahlen im letzten Frühjahr, die, wenn sie sich auf der nationalen Ebene im nächsten Frühjahr wiederholten, für die Demokratie eine ernste Gefahr bilden würden.

Das aber will der linke Flügel der Partei nicht zugeben. Er tritt für die Beibehaltung des reinen Verhältniswahlrechtes teils aus grundsätzlichen Gründen ein, teils weil er von einer Wahlallianz, oder gar einer Regierungskoalition, mit den Christlich-Demokraten unter keinen Umständen etwas wissen will. Romita ist seinerzeit mit den Stimmen der gesamten Parteilinken zum Generalsekretär gewählt worden und ein Teil seiner bisherigen Anhänger hat ihn jetzt am Vorabend des Parteitages wegen seines Einlenkens in dieser Frage öffentlich desavouiert und mit ihm gebrochen. Obwohl die Bezirksparteitage kaum angefangen haben, ist es schon jetzt mit Sicherheit zu erwarten, daß die große Mehrheit in Genua sich für eine "korrigierte" Verhältniswahl aussprechen wird. Das würde zwar einstweilen noch nicht den Wiedereintritt der Sozialdemokraten in eine Koalition bedeuten, wohl aber ihre Zustimmung zu einer Wahlallianz und zu einem gemeinsamen allgemeinen Aktionsprogramm der demokratischen Mittelparteien bis zu den Wahlen.

Obwohl der linke Parteiflügel überaus entschieden, und sogar aggressiv, gegen die geplante Preisgabe der Beschlüsse von Bologna auftritt, braucht man diesmal keine Parteispaltung zu befürchten. Die Kommunisten und Nennisten bemühen sich eifrig, das Feuer der Uneinigkeit unter den Sozialdemokraten zu schüren. Sie sorgen dafür, daß den Opponenten die größte Publizität in ihrer eigenen Presse gewährt wird und sie werden ihnen wahrscheinlich auch Kandidaturen anbieten, wenn sie mit der Partei brechen. Erfolg dürften sie damit nicht haben.

+ + +

Arbeiter wollen studieren - nicht nur in England

gär. Für einen echten sozialen Bildungsgang, der den Arbeitern die gleichen beruflichen Möglichkeiten eröffnet, wie demjenigen, der von der Höheren Schule direkt zur Universität überwechselt, hat man in der Bundesrepublik noch keinen vernünftigen Weg gefunden. Das System der Werkstudenten ist durch deren Lebensverhältnisse, die zu einem sozialen Problem angewachsen sind, eine recht fragwürdige Einrichtung geworden. Es bietet überdies für die Jungarbeiter keine Chance, die erst durch ihre Bewährung im Beruf erkannten, daß sie auch zu höheren Leistungen fähig sind und sich zutrauen, auch die gleichen Berechtigungen und akademischen Grade zu erwerben wie die Studenten. Autodidakten werden dazu noch bei uns über die Schulter angesehen - sie können ja keine Zeugnisse und Titel nachweisen - obwohl sie oftmals mehr Lebensreife, Erfahrung und Wissen besitzen als die Akademiker, denen nur die Gunst des väterlichen Geldbeutels zum Studium verhalf. Andere Länder haben die sozialen Gefahren und den volkswirtschaftlichen Nachteil, die durch das Fehlen eines sozialen Bildungsganges der "Spätbegabten" für das ganze Volk bestehen, heizzeiten erkannt und entsprechende Reformen durchgeführt.

England kennt seit langem ein System, das auch für Deutschland Vorbild sein könnte. Für die breiten Schichten der Studierenden ist Oxford und Cambridge infolge seines teuren Lebens und seiner hohen Gebühren meistens verschlossen. Die Londoner Universität dagegen, die auch viel größer ist, - wenn nicht gar die größte der Welt - läßt an ihrem Aufbau die für die Allgemeinheit gültigen Verhältnisse erkennen, aber auch zugleich deutlich werden, wie unbefriedigend sie in Deutschland sind.

Eine Trennung zwischen Universität und Technischer Hochschule ist in England unbekannt. Diese bilden lediglich eigene Fakultäten, die auch teils auf privater Basis aufgebaut oder vielfach von den Städten und Kommunalverbänden unterhalten werden. Auch die zu erwerbenden akademischen Grade sind anderer Natur als in Deutschland. Der "Bakkalaureat", etwa dem deutschen Diplom entsprechend, der allerdings als typisches Zeichen englischer Charakterhaltung hinter dem Namen geführt wird und deshalb in der Anrede fehlt (b.sc.= Dipl.Ing.), stellt zwar nicht den endgültigen Abschluß unter einer Ausbildung

dar, gibt aber für den Mediziner die gleiche Berechtigung wie der deutsche Dr.med. Nach zwei weiteren Studienjahren kann der "Magister", (m.sc.) erworben werden, während der Dokortitel nur für besondere Leistungen in der Dissertation verliehen wird. Dieser steht deshalb wertmäßig auch viel höher als die auf dem Kontinent verliehenen Titel, denen darum in England die offizielle Anerkennung versagt ist.

Mittels dieser drei Stufen ist aber genügend Spielraum für alle Begabungen geschaffen. So besteht auch nicht die Gefahr der "Doktorensintflut", und man hat es nicht nötig, wie in Deutschland, sich Gedanken über eine Einengung der Studiumsmöglichkeiten zu machen. Gerade an der Vielzahl dieser Studiumsmöglichkeiten zeigt sich in England die Volksverbundenheit der höheren Bildung. Neben den direkten Fakultäten der Universitäten gibt es Institute und Anstalten, die lediglich unter ihrer Aufsicht stehen und nach einem von ihr vorgeschriebenen Lehrplan arbeiten, aber sonst gleichwertig sind. Wenn ihnen nicht das Recht zuerkannt ist, die Abschlußprüfungen selbst abzunehmen, legen sie die Studenten vor der aufsichtsführenden Universität ab. So unterscheidet man unter den Studenten zwischen "Internen", die an den Universitäten direkt studieren, und "Externen", den Hörern an den in London über alle Stadtteile verteilten unabhängigen Anstalten. Die "Internen" wie auch die "Externen" können, wenn sie unbemittelt sind, ihr Studium auch als Berufstätige absolvieren, wobei ihnen die Fünf-Tage-Arbeitswoche sehr zugute kommt. Entsprechende Abendkurse werden an allen Fakultäten durchgeführt und berechtigen nach erfolgreichem Besuch zu dem gleichen Abschluß wie das reguläre Studium.

So ist die soziale Struktur der Studentenschaft fast ausgeglichen und unterscheidet sich nur wenig von der des gesamten Volkes. Aber auch die Werkstudenten, die in immer neuen Verzweiflungsanstrengungen ihren Lebensunterhalt zu verdienen versuchen, sind genau so unbekannt wie der Standesdünkel, der in Deutschland ja gerade zu einem öffentlichen Ärgernis wurde. Der englische Staat hatte aber damit schon sehr zeitig bewiesen, daß er der Arbeiterschaft im praktischen Leben uneingeschränkte und gleiche Chancen einräumt, und so ist es auch zu erklären, daß diese ein so stark ausgeprägtes Staatsbewußtsein besitzt.

+ + +

Nach Sibirien zurückgeschicktDas Ostbüro der SPD teilt mit:

Nach beim Ostbüro der SPD vorliegenden Meldungen wurden in den letzten Wochen mehrere Kriegsgefangenentransporte, die in der letzten Juni-Woche zum Lager Hoyerswerda geleitet worden waren, wieder in die Sowjetunion zurückgeschickt. Diese Meldungen, die eine geraume Zeit lang als Gerüchte durch die Sowjetzone gingen, müssen jetzt als bestätigt angesehen werden.

Mehrere Gewährsleute aus der Gegend von Hoyerswerda berichteten, daß Einwohner der Gemeinden Arnsdorf, Lichtenberg, Pulsnitz und Kamenz mit einzelnen Kriegsgefangenen haben sprechen können, als die Züge auf den Bahnhöfen Aufenthalt hatten. Die Gefangenen berichteten, daß sie aus sibirischen Lagern kamen und wegen angeblicher Kriegsverbrechen zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt seien. Sie sollten in der Sowjetzone zu "Aufbauarbeiten" eingesetzt werden. Unter den Gefangenen habe sich der ehemalige Bürgermeister von Groß-Erkmannsdorf bei Radeberg, Lorentz, befunden.

Der Anlaß des Rücktransports in die Sowjetunion wird mit Unruhen im Lager Hoyerswerda zwischen der Lagerleitung und den Kriegsgefangenen begründet. Wie Angehörige des Kriegsgefangenentransports deutschen Zivilisten zurufen konnten, habe die Lagerleitung angeordnet, daß einige Kriegsgefangene, die die schlechte Verpflegung als noch katastrophaler als die russische bezeichnet hatten, nach der Sowjetunion zurückgeschickt werden. Daraufhin habe sich die gesamte Lagerbelegschaft solidarisch erklärt, worauf sämtliche Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit nach Polen gebracht werden sollten. Nach dem Bekanntwerden dieser Vorgänge in der Bevölkerung hat der SSD z.B. im Sachsenwerk Radeberg gedroht, die Verbreitung dieser Tatsachen mit strengen Strafen zu ahnden. Die SSD-Funktionäre erklärten, man wolle nicht behaupten, daß diese Berichte Lügen seien, aber die Verbreitung dieser Vorgänge falle unter das Gesetz zum Schutze des Friedens und müsse als "hetzerische Propaganda" zum Zwecke der Sabotage aufgefaßt werden

"Westlicher Krämergeist"

Die Unterzeichnung des Interzonenhandelsabkommens zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone hat in vielen Kreisen der Bevölkerung der Sowjetzone keine Zustimmung gefunden. In diesen Kreisen ist man der Meinung, daß der "Krämergeist" des Westens gesiegt habe. Auf einer Betriebsleiterkonferenz unterstrichen vor allem die Leiter der Kondensatorenwerke von Gera und Freiberg die schwierige Rohstofflage vor Abschluß des Interzonenabkommens. Diese Leiter der beiden einzigen Kondensatorenwerke der Sowjetzone erklärten, daß Kondensatorpapier und Aluminiumfolien für den Kondensatorbau vor Abschluß des Interzonenhandelsabkommens nicht mehr vorhanden gewesen wären. Die Einstellung der Produktion sei nur noch eine Frage von Tagen gewesen. Beide Werke arbeiten fast ausschließlich für sowjetische Reparaturen und für die Volkspolizeiarmee.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau